

N i e d e r s c h r i f t

HFA/032/2007

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 16.10.2007**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Raphael Bögge	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisel	CDU	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Günter Thum	SPD	Ratsmitglied
Herr Anton van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Heinrich Hagemeier	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Horst Dewenter
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Josef Niehues

Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Norbert Dörnhoff
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Siegfried Mau
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Jürgen Roscher Anwesend ab 19:00 Uhr
Frau Annette Tombült	CDU	Ratsmitglied Vertretung für Frau Marianne Helmes
Frau Waltraud Wunder	SPD	Ratsmitglied Vertretung für Herrn Jürgen Roscher Anwesend bis 19:00 Uhr

Verwaltung:

Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
Herr Jan Kuhlmann	Beigeordneter
Herr Werner Lütkemeier	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter Interner Service
Herr Bernd Weber	Pressesprecher
Herr Karl-Heinz Ottenhus	Leiter Örtliche Rechnungsprüfung Anwesend bis 18:30 Uhr
Herr Jürgen Wullkotte	Fachbereichsleiter Finanzen
Frau Monika Hoelzel	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Birgit Kösters	Leiterin der Volkshochschule
Herr Michael Vogelsang	Schriftführer

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder:

Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sie teilt mit, dass sich die Herren Niehues, Dewenter, Dörnhoff und Roscher für diese Sitzung entschuldigt hätten. Darüber hinaus informiert sie die Anwesenden über den Ratsmandatsverzicht von Herrn Ulrich Beckmann.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils verweist Frau Dr. Kordfelder auf die zugestellte Vorlage Nr. 440/07 „Planungs- und Bauvereinbarung; Querspange Rheine „R“ und schlägt vor, die Vorlage als TOP 5 zu behandeln, da sie vor der Vorlage 430/07/1 Festlegung der Eckdaten für die Ergebnis- und Investitionsplanung 2008-2011 beschlossen werden müsste.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschuss stimmen dem Vorschlag zu.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 31 über die öffentliche Sitzung am 18. September 2007

I/A/0200

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 18. September 2007 gefassten Beschlüsse

I/A/0233

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

Ein besonderer Bericht zu den gestellten Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung hierzu die Stellungnahme auf dem der Einladung beigefügten Hinweiszettel abgegeben habe.

3. Informationen

I/A/0290

3.1. Bericht über das kulturelle Stadtmarketing 2006

Frau Dr. Kordfelder teilt mit, dass zum Bericht über das kulturelle Stadtmarketing 2006 eine ausführliche Stellungnahme gefasst wurde. In der gestrigen Fraktionsvorsitzendenbesprechung sei vereinbart worden, die Ausführung in der heutigen Sitzung nicht vorzutragen sondern lediglich in das Ratsinformationssystem einzustellen.

Die Stellungnahme ist als Anlage 5 der Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eingestellt worden.

3.2. Angekündigte Entlassungen beim Fahrzeugbauer Karmann

Frau Dr. Kordfelder informiert über ein heute stattgefundenes Sondergespräch in den Räumlichkeiten der Agentur für Arbeit Rheine zur Situation der Firma Karmann.

Das Kurzprotokoll dieses Sondergespräches sowie das Informationsblatt „Leistungen bei Sozialplan / sozialähnlicher Vereinbarung“ der Bundesagentur für Arbeit sind hier abgebildet.

AA Rheine

16.10.2007

„Angekündigte Entlassungen bei der Fa. Karmann“;

hier: Kurzprotokoll des Sondergespräches am 16.10.2007
in den Räumlichkeiten der Agentur für Arbeit Rheine

An diesem in offener und vertrauensvoller Atmosphäre gestalteten Sondergespräch nahmen folgende Gesprächspartner teil:

- Alternierende Vorsitzende des Verwaltungsausschusses der AA Rheine
- Vorsitzender der Geschäftsführung und Geschäftsführer operativ der AA Rheine
- Landrat des Kreises Steinfurt
- Bürgermeisterin und Beigeordneter der Stadt Rheine sowie die Bürgermeister der Kommunen Hörstel, Neuenkirchen und Wettringen
- Vertreter der Geschäftsführung und Mitglied des Betriebsrats/ Fa. Karmann am Produktionsstandort Rheine
- Vertreter der IGM

Der aktuelle Sachstand ist derzeit wie folgt zu skizzieren:

- Der Betriebsleitung der Fa. Karmann ist verpflichtet, ihren vertraglichen Bindungen zur Produktion des Audi-Cabrioletmodells bis zum Ende des dritten Quartals 2008 zu entsprechen.
- Ein Interessenausgleich bzw. ein damit einhergehender Sozialplan wird derzeit zwischen Unternehmensführung und Betriebsrat verhandelt.
- Von einer Kündigung werden voraussichtlich 900 Mitarbeiter betroffen sein. Kündigungstermine werden voraussichtlich zwischen August und Oktober 2008 wirksam.
- Die o. g. Mitarbeiter verteilen sich nach derzeitigem Stand zu gleichen Teilen – also jeweils 300 – auf die Regionen Rheine, übriges Kreisgebiet Steinfurt und angrenzendes Niedersachsen.
- Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit beträgt 16 Jahre mit einem Durchschnittsalter von 44 Jahren und einer Kündigungsfrist zwischen zwei und sieben Monaten.

Hilfestellungen wurden von allen Beteiligten zugesichert. Diese sind vor allem:

Leistungen der BA, insbesondere der AA Rheine:

Auf der Grundlage des SGB III bietet die AA Rheine

- Frühzeitige Beratungen (Leistungs- und Gruppenberatungen)
- Web-basierte Hilfen zur persönlichen Information und Eigenvermittlung
- Unterstützungen und enge Zusammenarbeit bei ggf. anstehenden Transfermaßnahmen
- Individuelle Beratungen und Vermittlungshilfen

- In Abstimmung mit dem Unternehmen Karmann: Bündelung von Personal- und Vermittlerkapazitäten zur Einrichtung eines „Projektbüros Vermittlung“ zur zügigen regionalen und überregionalen Vermittlung
- Ggf. Nutzung von Mitteln aus dem Europäischen Globalisierungsfond (EGF)

Land NRW:

- Beratungsleistungen über die GIB
- Ggf. Nutzung weiterer ESF-Mittel

Wirtschaftsförderung:

- Hilfestellung bei weiterer Nutzung von Hallenkapazitäten (derzeit ca. 80.000 qm)

Absprachen:

Sobald der Interessenausgleich bei der Fa. Karmann zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat erzielt ist, wird ein weiterer Informationsaustausch in gleicher Runde kurzfristig erfolgen. Der dann gegebene Sachstand wird im Hinblick auf weitere notwendige Schritte zur Vermittlung der Karmann-Beschäftigten abgeglichen. Diese Runde wird durch den Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Rheine eingeladen.



Bundesagentur für Arbeit
Agentur für Arbeit Rheine

Leistungen bei Sozialplan / sozialplanähnlicher Vereinbarung

Transfermaßnahme

sind alle Maßnahmen zur Eingliederung von Arbeitnehmern in den Arbeitsmarkt, an deren Finanzierung sich der Arbeitgeber angemessen beteiligt

- ♦ während des Beschäftigungsverhältnisses **beim entlassenden Betrieb**
- Arbeitnehmer muss **von Arbeitslosigkeit bedroht** sein - Wirkung der Kündigung kann auch erst in z. B. 18 Monaten eintreten
- ♦ Durchführung durch einen **beauftragten Dritten**
- ♦ z. B. Profiling (2 Tage), Bewerbungstraining, Qualifizierung, Mobilitätshilfen, Einstellungszuschüsse, Existenzgründungsvorbereitung und -begleitung
- ♦ Maßnahme muss **während des Beschäftigungsverhältnisses beendet** werden
- ♦ **Leistung an den Arbeitnehmer** - Pflichtleistung
- **Arbeitgeber trägt mind. 50 %** der ihm tatsächlich entstehenden Maßnahmekosten
- ♦ **max. 50 % Zuschuss** durch AA - **max. 2.500 €/Arbeitnehmer**

Transfergesellschaft / Transferkurzarbeitergeld (Transfer-Kug)

wird gewährt zur Vermeidung von Entlassungen und zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten, wenn Personalanpassungsmaßnahmen aufgrund einer Betriebsänderung erforderlich sind und die betroffenen Arbeitnehmer in einer betriebsorganisatorisch eigenständigen Einheit (beE) zusammengefasst werden

- ♦ Erfüllung bestimmter persönlicher und betrieblicher Voraussetzungen
- ♦ **beE**, in der Regel eine sog. Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft (**Transfergesellschaft**)
- ♦ **dreiseitiger Vertrag** zwischen Arbeitnehmer, abgebendem Unternehmen und aufnehmender Transfergesellschaft
- ♦ **Verweildauer** in Transfergesellschaft **mind. bis zum Ablauf der ordentlichen Kündigungsfrist**, sonst droht Sperrzeit
- ♦ Transfer-Kug wird gezahlt in Höhe von 67 % des pauschalierten Nettoentgeltes für Arbeitnehmer, die mind. 1 Kind im Sinne des Einkommenssteuerrechts haben und in Höhe von 60 % für die übrigen Arbeitnehmer
- ♦ **Remanenzkosten (Sozialversicherungsbeiträge) hat der Arbeitgeber allein zu tragen** (das der Berechnung zugrunde liegende Bruttoentgelt wird dabei auf 80 % reduziert)
- ♦ **Förderungsdauer beträgt max. 12 Monate**, Verlängerungsmöglichkeiten sind nicht gegeben
- ♦ **zwingende Voraussetzung** für den Bezug von Transfer-Kug ist die vorherige Teilnahme an einer **Profilingmaßnahme** (z. B. im Rahmen einer Transfermaßnahme)
- ♦ Transfergesellschaft muss vermitteln und ggf. qualifizieren
- ♦ Qualifizierungskosten ggf. durch **ESF-Mittel** förderbar, aber **angemessene Beteiligung durch den Arbeitgeber**, d. h. **mind. 10 % der Lehrgangskosten**

Stand: 15.10.2007

4. Satzungsentwurf Technische Betriebe Rheine - AöR
Vorlage: 446/07/1

I/A/1370

Herr Kuhlmann verweist auf die heute zugestellte Ergänzungsvorlage. Die Ergänzungsvorlage sei notwenig, da sich aus den gestrigen Beratungen der politischen Arbeitsgruppe noch einige Änderungen ergeben hätten.

Herr Kuhlmann bezieht sich auf § 5 Abs. 1 des Satzungsentwurfs und informiert über die gestern diskutierte Größenordnung des Verwaltungsrates. Er macht deutlich, dass ihm in der Gestaltung sehr daran gelegen sei, einen möglichst kleinen und schlagkräftigen Verwaltungsrat zusammenzustellen.

Zum Verfahren erläutert Herr Kuhlmann, dass nach Zustimmung des Beschlussvorschlags, die Aufsichtsbehörde in Kenntnis gesetzt werde. Darüber hinaus werde die Satzung rechtlich überprüft. Redaktionelle Änderungen bittet er daher vornehmen zu dürfen. Bis zur Ratssitzung werde dann eine endgültige Fassung zur Verfügung gestellt.

Für die CDU-Fraktion teilt Herr Hagemeier mit, dass sie dem Satzungsentwurf zustimmen. Die Größe des Verwaltungsrats solle jedoch erst in der Ratssitzung am 6. November 2007 beschlossen werden. Redaktionelle Veränderungen dürften vorgenommen werden, so Herr Hagemeier abschließend.

Herr Mollen fragt, wann mit der Eröffnungsbilanz zur rechnen sei. Laut § 1 des Satzungsentwurfs sei diese Bestandteil. Darüber hinaus bittet er die Frage zu klären, ob die Anfrage beim Finanzamt zur Umsatzsteuerpflicht geklärt sei.

Herr Lütke-meier antwortet, dass an der Eröffnungsbilanz, dem Wirtschafts- sowie Finanzplan gearbeitet werde. Mit der Fertigstellung könne man in den nächsten zwei Wochen rechnen. Zur steuerrechtlichen Problematik teilt Herr Lütke-meier mit, dass die Auskunft vom Finanzamt vermutlich erst am 5. November 2007 vorliegen werde. In der Beschlussvorbereitung werde der Ratsbeschluss in der Art gestaltet, dass er unter dem Vorbehalt der verbindlich positiven Auskunft der Finanzverwaltung gefasst wird.

Beschluss:

Der HFA empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den anliegenden Satzungsentwurf zu beschließen.

Redaktionelle Änderungen werden bis zur Ratssitzung am 6. November 2007 vorgenommen.

Die Größenordnung des Verwaltungsrates wird in der Ratssitzung am 06. November 2007 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Planungs- und Bauvereinbarung; Querspange Rheine "R"
Vorlage: 440/07

I/A/3460

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt auf Empfehlung des Bau- und Betriebsausschusses, dass die Verwaltung eine Planungs- und Bauvereinbarung über den Neubau einer Verbindungsstraße (Querspange) im Bereich des geplanten Erschließungsgebietes Rheine „R“ abschließt.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen
 1 Nein-Stimme

6. Festlegung der Eckdaten für die Ergebnis- und Investitionsplanung 2008 - 2011
Vorlage: 430/07/1

I/B/0370

Frau Dr. Kordfelder teilt mit, dass sich die finanziellen Rahmenbedingungen zur Aufstellung des Haushaltes 2008 sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert hätten. Dies liege in erster Linie an der guten wirtschaftlichen Gesamtentwicklung, die sich in deutlich höheren Erträgen aus Steuern widerspiegle.

Die Vorlage über die Eckdaten sei aus der bisherigen Finanzplanung und unter Berücksichtigung der Veränderungen aus dem Berichtswesen sowie der Empfehlungen aus der Strategie- und Finanzkommission entwickelt. Daneben seien die neuesten Erkenntnisse aus dem Budgetvollzug einbezogen. Die steuerlichen Erträge als wesentliche Finanzierungsbasis seien unter Zugrundelegung der augenblicklichen Ertragsentwicklung und der aus den aktuellen Steuerschätzungen abgeleiteten Orientierungsdaten des Landes ermittelt.

Der Verwaltungsvorstand habe im Rahmen einer Klausurtagung am 08. September 2007 intensiv über die Eckdaten für die Haushalts- und Finanzplanung 2008 – 2011 beraten und diese in der vorgelegten Ausgestaltung beschlossen. Auswirkungen, die sich durch erst später bekannt gewordene Entwicklungen, beispielsweise bei der Firma Karmann, ergeben, konnten zu dem Zeitpunkt noch nicht berücksichtigt werden.

Auch die Strategie- und Finanzkommission habe in ihrer Sitzung am 08. Oktober 2007 die Eckdaten beraten. Daraufhin sei der Beschlussvorschlag um die Ziffer 6 ergänzt, wonach die Eckdaten unter dem Vorbehalt der Folgen aus der Gründung der AÖR Technische Betriebe sowie gegebenenfalls möglicher Auswirkungen aus der noch vorzulegenden Eröffnungsbilanz stünden.

Frau Dr. Kordfelder macht deutlich, dass trotz der erfreulich guten wirtschaftlichen Gesamtentwicklung die finanziellen Rahmenbedingungen für die Stadt Rheine auch weiterhin schwierig seien. Denn auch für 2008 konnte trotz weiterer strikter Haushaltskonsolidierung kein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen werden.

Die aktuellen Planungen sähen für 2008 gegenüber den bisherigen Planungen aber eine Verminderung des Fehlbetrages um immerhin rund 3,7 Mio. € auf aktuell noch 5,3 Mio. € vor. Erst im Jahr 2009 könnte ein ausgeglichener Haushalt gelingen. Es sei aber inzwischen fraglich, ob dies angesichts der jüngsten Entwicklungen, wie zum Beispiel bei der Firma Karmann, so bleiben könne.

Hinsichtlich des Finanzplanes sei das Ziel langfristig auf den Abbau der Verschuldung gerichtet. Kurzfristig solle die Zunahme der Verschuldung gebremst werden. Mit dem vorgelegten Eckdatenbeschluss könnten diese Ziele erreicht werden.

Es sei allerdings zu berücksichtigen, dass einige größere Investitionen wie der Neubau einer Zweifachsporthalle an der Euregio-Gesamtschule und der Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Mesum in den Eckdaten nicht enthalten seien. Diese Projekte hätten dann auch noch Auswirkungen im Ergebnisplan.

Frau Dr. Kordfelder macht deutlich, dass ihr der Hinweis auf die vom Innenministerium eingeforderte Linie, wonach die Gemeinden die auf die augenblicklich guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beruhende positive Entwicklung der steuerlichen Erträge nutzen sollten, „Vorsorge für schlechtere Zeiten zu treffen, in dem sie konsequent Schulden bzw. Verbindlichkeiten abbauen“ und entsprechend den Vorgaben des Finanzplanrates sie „nicht zur Grundlage für zusätzliche langfristige Ausgabeverpflichtungen“ machen, sehr wichtig sei.

Die seitens der Verwaltung empfohlenen Eckdaten würden den Intentionen des Innenministeriums ausdrücklich gerecht, so Frau Dr. Kordfelder abschließend.

Die CDU-Fraktion teilt das Fazit von Frau Dr. Kordfelder, so Herr Kohnen. Die augenblicklichen Mehreinnahmen sollten für die Sanierung des städtischen Haushaltes verwendet werden. Die für die CDU-Fraktion gesetzten Ziele würden nicht im Beschluss zur Festlegung der Eckdaten festgelegt werden. Die Feinabstimmung werde in den Fachausschüssen erfolgen.

Herr Mollen signalisiert für die SPD-Fraktion Zustimmung. Er bezieht sich auf die mögliche Senkung der Kreisumlage um 2 Punkte und bittet dieses Ziel weiter zu verfolgen. Zu den geplanten Investitionen (Querspange, Zweifachturnhalle, Neue Mitte Dorenkamp, Feuerwehrgerätehaus) bittet er diese Positionen im Finanzplan 2008 – 2011 aufzunehmen. Dadurch werde der politische Wille zur Umsetzung an dieser Stelle noch einmal deutlich gemacht.

Herr Mollen bittet die Verwaltung zur Produktgruppe 11, Bereitstellung schulischer Einrichtungen, eine genaue Verwendung der Mittel aus der Schulpauschal für die Jahre 2008 – 2011 aufzustellen. Zur Produktgruppe 15, Sportförderung, führt er aus, dass eine 25-prozentige Förderung bei den Betriebskosten unbedingt zu gewährleisten sei.

Bei den geplanten Mehrerträgen für das noch einzuführende Nutzungsentgelt der Hallennutzung in Höhe von 140 T€ teilt Herr Mollen mit, dass hierzu die Anfrage beim Finanzamt noch unbeantwortet sei. Vor dem Hintergrund der Haushaltsberatungen in den Vereinen bittet er darum, eine Einführung der Hallennutzungsgebühr zu verschieben. Es sei den Vereinen nicht möglich konkrete Zahlen für

den Haushalt des kommenden Jahres zu ermitteln. Eine solide Finanzplanung sei somit für das Jahr 2008 für die Vereine nicht möglich.

Überrascht sei Herr Mollen gewesen, als er sich die Produktgruppe 52, Gebäudemangement angesehen habe. Dort sei ein Betrag in Höhe von 39 T€ für den Umbau im Josef-Winckler-Zentrum für die Fernuni Hagen ausgewiesen worden. Das die Fernuni Hagen in das Josef-Winckler-Zentrum ziehe, sei ihm sowie der SPD-Fraktion nicht bekannt gewesen.

Zur Produktgruppe 71, Service Organisation erinnert Herr Mollen an die in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 18. September 2007 eingebrachte Resolution der SPD-Fraktion zur gemeinsamen Durchführung der Kommunalwahl und Bundestagswahl im Jahre 2009.

Herr Mollen bezieht sich auf die erhebliche Steigerung der Energiekosten und fragt, ob diese Erhöhungen in den Eckdatenplanungen 2008 – 2011 berücksichtigt seien.

Frau Ehrenberg verweist auf die Beratungen in den entsprechenden Fachausschüssen. Zum geplanten Umzug der Fernuni Hagen werde eine entsprechende Vorlage für den Schulausschuss gefertigt.

Herr Lütke-meier bezieht sich auf die Steigerungen der Energiekosten und informiert, dass im Eckdatenbeschluss eine Erhöhung dieser Kosten in der Höhe eingeflossen sei, worüber man Erkenntnisse hätte. Die Beträge seien jedoch in enger Abstimmung mit den Stadtwerken festgesetzt worden.

Zur Senkung der Kreisumlage informiert Frau Dr. Kordfelder, dass sämtliche Hauptverwaltungsbeamte das gleiche Interesse hätten, für eine Senkung der Kreisumlage zu plädieren. Neben der mündlichen Forderung in der HVB-Konferenz, hätten die Kämmerer es zusätzlich verschriftlicht.

Herr Lütke-meier weist ausdrücklich darauf hin, dass der vorgelegte Eckdatenbeschluss nicht die Auswirkungen des soeben gefassten Beschlusses aus der Vorlage 440/07 Planung- und Bauvereinbarung beinhalte. Die Mitglieder nehmen diese Information zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss legt für die Aufstellung der Ergebnis- und Investitionsplanung 2008 – 2011 folgendes fest:

1. Für die Realsteuern gelten folgende Hebesätze:

Grundsteuer A	=	192 v.H.
Grundsteuer B	=	401 v.H.
Gewerbesteuer	=	403 v.H.
2. Die Positionen des Ergebnisplanes des Bereichs 9 – Zentrale Finanzleistungen werden entsprechend der der Vorlage beigefügten Anlage 1 zur Kenntnis genommen.
3. Die Gesamtpersonalaufwendungen werden für 2008 auf 34,698 Mio. € festgesetzt.

4. Im Ergebnisplan werden die Budgets der Fach- und Sonderbereiche unter Berücksichtigung der bisher vorliegenden Empfehlungen der Strategie- und Finanzkommission entsprechend der in der Anlage 1 der Vorlage dargestellten Budgetübersicht als Obergrenze für die Budgetplanung festgelegt (Vorbehaltlich der Änderungen durch Vermögenzu- und -abgänge bei bilanziellen Abschreibungen und Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten).
5. Der Investitionsplan ist in allen Planungsjahren so auszugestalten, dass es zu keiner Netto-Neuverschuldung kommt. In diesem Rahmen sind die Maßnahmen und Projekte insbesondere unter den künftigen Zielsetzungen des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes (EHK) zu planen.
6. Diese Festlegungen stehen unter dem Vorbehalt der Folgen aus der Gründung der Anstalt des öffentlichen Rechts „Technische Betriebe“, sowie der möglichen Auswirkungen aus der Eröffnungsbilanz (z. B. Abschreibungen).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Beschleunigung der energetischen Sanierung des städtischen Gebäudebestandes
- Antrag der Fraktionen im Rat der Stadt Rheine BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU vom 26. September 2007
Vorlage: 442/07**

I/B/3350

Frau Dr. Kordfelder bezieht sich auf den Beschlussvorschlag hinsichtlich des Antrags der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU vom 26. September 2007 und schlägt vor, hierüber in der Ratssitzung am 11. Dezember 2007 zu entscheiden. Die Verwaltung interpretiere den Antrag als Konkretisierung und ersten wesentlichen Baustein des vorliegenden generellen Klimaschutzantrages vom 06. September 2007.

Herr Reiske macht deutlich, dass aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits heute der beantragte Beschluss gefasst werden könne. Der Antrag sei eingebracht worden um möglichst frühzeitig reagieren zu können. Er beantragt daher über den beantragten Beschluss abzustimmen.

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass das beantragte Umsetzungskonzept samt Priorisierung der Maßnahmen bis zu den Haushaltsplanberatungen gänzlich nicht erarbeitet werden könne und schlägt daher vor, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Gebäudebestand der städtischen Liegenschaften soll beschleunigt energetisch saniert werden. Die Verwaltung wird beauftragt, *möglichst* bis zu den Haushaltsplanberatungen ein Umsetzungskonzept mit folgenden Eckpunkten zu entwickeln:

1. Auflistung aller bekannten notwendigen Maßnahmen, deren Durchführung auch unmittelbar zu einer Energieeinsparung führt.
2. Prüfung, bei welcher dieser Maßnahmen sich der Einsatz regenerativer Energien sinnvoll umsetzen lässt.
3. Vorschlag eines Umsetzungszeitplanes unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen. Dabei ist zu untersuchen:
 - a) Nutzung der bereits festgelegten Instandhaltungsrückstellung
 - b) Möglichkeiten der Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel im Haushalt 2008 und ff.
 - c) Finanzierung der Maßnahmen über ein Energiesparcontracting
4. Priorisierung der Maßnahmen auf Basis folgender Eckpunkte:
 - a) Höhe der erreichbaren Energie- bzw. CO₂-Einsparungen
 - b) Bereitstehende Finanzmittel
 - c) Dringlichkeit der Maßnahmen aufgrund anderer Restriktionen (Betriebssicherheit, Überschreitung von Grenzwerten etc.)"

Herr Mollen sehe den enormen Arbeitsaufwand dieses Beschlusses. Die Verwaltung sei auf einen guten Weg. Für die SPD-Fraktion sei es sekundär, wann dieser Beschluss gefasst werde, da die Verwaltung an der Sache bereits arbeite. Herr Mollen bezieht sich auf den in der Sitzung des Bau- und Betriebsausschusses gestellten Antrags bezüglich des Neubaus einer Sporthalle an der Euregio Gesamtschule. Mit dem Antrag habe sich die SPD-Fraktion in dieses Konzept eingebracht, die energetischen Gesichtspunkte beim Neubau mit zu berücksichtigen.

Herr Ortel bezieht sich auf den gestellten Antrag und weist darauf hin, dass das Umsetzungskonzept lediglich mit Eckpunkten und nicht bis ins letzte Detail entwickelt werden solle. Es seien lediglich alle *bekannten notwendigen* Maßnahmen aufzulisten.

Frau Dr. Kordfelder lässt über den abgeänderten Beschlussvorschlag abstimmen. Sie fasst zusammen, dass bis zu den Haushaltsplanberatungen die bis dahin erarbeiteten Ergebnisse vorgelegt würden. Darüber hinaus eine Auflistung dessen was noch bearbeitet werden müsse, da die Bearbeitung bis zu diesem Termin noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst folgenden Beschluss:

„Der Gebäudebestand der städtischen Liegenschaften soll beschleunigt energetisch saniert werden. Die Verwaltung wird beauftragt, möglichst bis zu den Haushaltsplanberatungen ein Umsetzungskonzept mit folgenden Eckpunkten zu entwickeln:

1. Auflistung aller bekannten notwendigen Maßnahmen, deren Durchführung auch unmittelbar zu einer Energieeinsparung führt.
2. Prüfung, bei welcher dieser Maßnahmen sich der Einsatz regenerativer Energien sinnvoll umsetzen lässt.
3. Vorschlag eines Umsetzungszeitplanes unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen. Dabei ist zu untersuchen:
 - a) Nutzung der bereits festgelegten Instandhaltungsrückstellung
 - b) Möglichkeiten der Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel im Haushalt 2008 und ff.
 - c) Finanzierung der Maßnahmen über ein Energiesparcontracting
4. Priorisierung der Maßnahmen auf Basis folgender Eckpunkte:
 - a) Höhe der erreichbaren Energie- bzw. CO₂-Einsparungen
 - b) Bereitstehende Finanzmittel
 - c) Dringlichkeit der Maßnahmen aufgrund anderer Restriktionen (Betriebssicherheit, Überschreitung von Grenzwerten etc.)"

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Einwohnerfragestunde

II/A/1990

Es folgen keine Wortmeldungen.

9. Raumprogramm der Volkshochschule im Josef-Winckler-Zentrum Vorlage: 413/07

II/A/2000

Frau Ehrenberg verweist auf die Vorlage und befürwortet aus fachlicher Sicht die Alternative 2 des Beschlussvorschlags.

Herr Kohnen verteilt einen Alternativvorschlag 3 und teilt mit, dass in der gestrigen Fraktionsbesprechung unterschiedliche Meinungen vorgetragen wurden. Stimmig sei man darüber, dass es sinnvoll sei, eine Lehrküche im Josef-Winckler-Zentrum zur Verfügung zu haben. Fraglich sei jedoch, ob und wie man diese Mehrkosten schultern könne. Daher habe sich die CDU-Fraktion für die Alternative 3 entschieden. Für die weitere Beratung bittet Herr Kohnen, den effektiven Nutzen einer Lehrküche in Zahlen auszugeben. Wenn möglich bis zur nächsten Ratssitzung am 06. November 2007.

Auch die SPD-Fraktion habe diesen Punkt in der gestrigen Fraktionssitzung kontrovers diskutiert, so Herr Mollen. Der heute von der CDU-Fraktion verteilten Beschlussvorschlag 3 finde bei der SPD-Fraktion Zustimmung.

Nach einer längeren Diskussion lässt Frau Dr. Kordfelder über die Beschlussvorschläge einzeln abstimmen.

Alternative 1

Das modifizierte Raumkonzept der Volkshochschule im Josef-Winckler-Zentrum wird in Fortsetzung der bisherigen Beschlusslage ohne Einrichtung der Lehrküche beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob es aus schulfachlicher, technischer und wirtschaftlicher Sicht sinnvoll ist, die alte Lehrküche in einer der städtischen Schulen durch die Lehrküche der Volkshochschule zu ersetzen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	18	Nein-Stimmen
	1	Enthaltung

Die Alternative 1 ist somit einstimmig abgelehnt.

Alternative 2

Das modifizierte Raumkonzept der Volkshochschule im Josef-Winckler-Zentrum wird unter Berücksichtigung der von der Leitung der Volkshochschule dargestellten fachlichen Aspekte mit Einrichtung der bisherigen Lehrküche beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die entstehenden Gesamtkosten für den Abbau und den Wiederaufbau der Lehrküche einschließlich der dazu erforderlichen baulichen Maßnahmen zu ermitteln und die Umsetzung dieses Beschlusses durchzuführen sobald dafür ein vollständiger Deckungsvorschlag gesichert ist.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	2	Ja-Stimmen
	5	Nein-Stimmen
	11	Stimmenenthaltungen

Die Alternative 2 ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst folgenden Beschluss:

Alternative 3

Das modifizierte Raumkonzept der Volkshochschule im Josef-Winckler-Zentrum wird unter Berücksichtigung der von der Leitung der Volkshochschule dargestellten fachlichen Aspekte so beschlossen, dass der Einbau einer Lehrküche möglich ist, d. h. die notwendigen Ver- und Entsorgungsanschlüsse sind beim Umbau so vorzurichten, dass eine Küche auch zu einem späteren Zeitpunkt ohne großen Aufwand installiert werden kann.

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Eine Kostenschätzung für die Vorrichtung der Anschlüsse für Strom, Wasser, Abwasser und ggf. Gas im nächsten Bau- und Betriebsausschuss vorzulegen.
2. Ein Angebot über eine neue Küche einzuholen.
3. Die entstehenden Gesamtkosten für den Abbau und den Wiederaufbau der alten Lehrküche zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja- Stimmen
 4 Stimmenenthaltungen

Die Alternative 3 ist somit einstimmig beschlossen.

**10. Fusion Münsterland Touristik und Aktion Münsterland
 Vorlage: 437/07**

II/B/1358

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, der Gründung des Vereins Münsterland Marketing e.V. durch Verschmelzung des Aktion Münsterland e.V. und des MÜNSTERLAND TOURISTIK Grünes Band e.V. und den vorliegenden Entwürfen des Verschmelzungsvertrages, der Satzung und der Beitragsordnung des Münsterland Marketing e.V. (der Vorlage als Anlagen 1-3 beigelegt) zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

II/B/1420

Frau Dr. Kordfelder verliest folgenden Vermerk:

Stadt Rheine
Die Bürgermeisterin
FB 7-vo

Rheine, 22. Oktober 2007

V e r m e r k

TOP 10: Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss - öffentlicher Teil

Es sind drei Eingaben bezogen auf einer fehlenden Neuanpflanzung im Bereich Lambertiring/Außenhook eingegangen.

Die Eheleute Bülter, Föcke und Schatz sind Anwohner der o. g. Straße. Im Bebauungsplan ist ein 12 Meter breiter Grünstreifen ausgewiesen. Nachdem im Jahr 2003 der Gehweg und die Straße fertiggestellt wurden, ist die Neuanpflanzung bis heute nicht angelegt. Sie beantragen nun die Bepflanzung.

Ausgangslage:

Im Bebauungsplan Nr. 157 Kennwort: Bergstraße/Lambertiring ist als Minderungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme festgesetzt worden, dass im Anschluss an die Baugrundstücke eine Obstbaumwiese angelegt wird. Erst nach Gesprächen zwischen Fachbereich 5 und dem Eigentümer wurden einige Gehölze gepflanzt.

Da die Fläche als Pferdewiese genutzt wird und keine Schutzeinrichtungen vorhanden waren, sind die Gehölze inzwischen von den Pferden abgefressen worden.

Die Festsetzungen sind demnach nicht erfüllt.

Verfahrensvorschlag:

Die Stadt Rheine prüft derzeit die rechtlichen Möglichkeiten, ob eine Ersatzpflanzung möglich und sinnvoll ist.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses widersprechen dem Verfahrensvorschlag der Verwaltung nicht.

12. Anfragen und Anregungen

12.1. Sitzungskalender 2008 - Anfrage von Herrn Bögge

II/B/1530

Herr Bögge fragt, wann mit der Fertigstellung des Sitzungskalenders für das Jahr 2008 zu rechnen sei.

Herr Hermeling informiert, dass bereits ein erster Entwurf vorliege würde und die Planung in Kürze abgeschlossen sei.

12.2. Zügigkeit der Grundschulen - Antrag der SPD-Fraktion

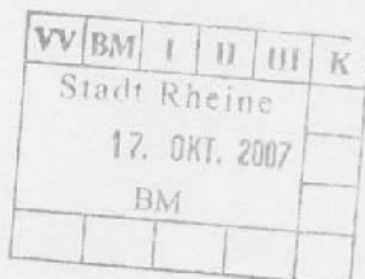
II/B/1590

Herr Hemelt bezieht folgenden Antrag der SPD-Fraktion mit der Bitte die in der Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung festgelegte Zügigkeit der Grundschulen in der kommenden Ratssitzung am 6. November 2007 zu beschließen.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Rheine

SPD

Stadt Rheine
Frau Bürgermeisterin
Dr. Angelika Kordfelder



Anschrift:
Hohe Lucht 5 · 48431 Rheine
Fon (0 59 71) 5 77 66
Fax (0 59 71) 5 08 30

Internet-Adresse:
www.SPD-Rheine.de

Bankverbindung:
Stadtsparkasse Rheine
Konto-Nummer: 7 026 180
Bankleitzahl: 403 500 05

Datum

12.10.2007

Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rheine

Die SPD-Fraktion bittet die Bürgermeisterin, den am 19.06.2007 eingebrachten Antrag der SPD-Fraktion mit dem Tenor „Die SPD Fraktion bittet die in der Jugendhilfe und Schulentwicklungsplanung festgelegte Zügigkeit der Grundschulen in einer der kommenden Ratsitzungen zu beschließen“ auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 06.11.2007 zu setzen.

Begründung:

Der Antrag bedarf der Behandlung und Beschlussfassung im Rat der Stadt Rheine am 06.11.2007, weil in der Zeit vom 06.11.2007 bis zum 07.11.2007 das Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2008 / 2009 vorgesehen ist.

Bedauerlicherweise haben bislang weder die Schulausschussvorsitzende Frau Nagelschmidt noch die Schuldezementin Frau Ehrenberg diesen Antrag auf die Tagesordnung des Schulausschusses zur Vorberatung gesetzt.

Insofern bitten wir die Bürgermeisterin der Stadt Rheine diesen Antrag direkt auf die Sitzung des Rates am 06.11.2007 zu setzen

Im übrigen wird auf den Antrag der SPD Fraktion vom 19.06.2007 verwiesen.

hgg
f. do f. ll

**12.3. KOMM-IN NRW Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit – eine Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen
- Anregung von Herrn Hemelt**

Herr Hemelt bezieht sich auf den in der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung gestellten Anregung der SPD-Fraktion zum Modellprojekt KOMM-IN NRW. Da die Mittel bekanntlich bis zum 30. November 2007 zu beantragen seien, bittet die SPD-Fraktion diesen Punkt in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses am 30. Oktober 2007 auf die Tagesordnung zu nehmen.

**12.4. Mensa Baumaßnahme an der Elisabethschule
- Anfrage von Herrn Hagemeyer**

II/B/1770

Herr Hagemeyer fragt, ob der avisierte Zeitplan bezüglich der Umbaumaßnahme der Mensa an der Elisabethschule (Dezember 2008) eingehalten werden könne.

Ende des öffentlichen Teils: 19:40 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Michael Vogelsang
Schriftführer